

Gewerkschaft Bau-Holz: Neues Vergaberecht große Chance für Standort

GBH-Vorsitzender Muchitsch präsentierte Leitfaden für rot-weiß-rote-Vergaben, neues Vergaberecht solle insbesondere heimische, nachhaltig wirtschaftende Unternehmen stärken

Wien (APA) - Die Gewerkschaft Bau-Holz (GBH) sieht in der im März in Kraft getretenen Novelle des Vergaberechts eine große Chance für den heimischen Wirtschaftsstandort. Neu sind unter anderem höhere Schwellenwerte für Direktvergaben, außerdem müssen bei öffentlichen Aufträgen nun verstärkt soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt werden. Gewerkschaftschef Josef Muchitsch präsentierte am Dienstag einen Leitfaden, der Lösungen für eine praxisnahe Umsetzung aufzeigen soll.

Der SPÖ-Mandatar verwies in einer Pressekonferenz auf die schwierige wirtschaftliche Lage und die aus seiner Sicht gegebene Notwendigkeit, öffentliche Mittel so zu vergeben, "dass Steuern und Abgaben in den Regionen in Österreich verbleiben". Dazu habe man unlängst eine Bewusstseinskampagne in den Ländern, Städten und Gemeinden gestartet, jetzt gehe es darum, "in die Umsetzungsphase" zu kommen, so Muchitsch. Das Handbuch für "Rot-weiß-rote Vergaben" biete dafür eine gute Grundlage.

Fokus auf Inhalt und kleinere Vergaben

Wesentliche Eckpfeiler des Leitfadens seien eine einfache, inhaltsorientierte und möglichst unbürokratische Gestaltung von Ausschreibungen sowie kleinere Vergaben bzw. mehr Losvergaben, führte Rechtsanwalt und Vergabeexperte Martin Schiefer aus. Außerdem dürfe sich die öffentliche Hand nicht nur an finanziellen Aspekten bzw. am höchsten Preis orientieren:

Vergaberecht ist ein Belohnungstool. Unternehmen, die sich für das Gemeinwohl und sichere Arbeitsplätze einsetzen und nachhaltig wirtschaften, sollten bei Vergaben verstärkt berücksichtigt werden.

Ziel müsse es auch sein, kleine und mittlere Unternehmen zu fördern bzw. diese nicht vom Vergabeprozess auszuschließen, wie dies bei Großaufträgen in der Praxis häufig geschehe. Außerdem gehe es darum, Aufträge an Scheinunternehmen zu unterbinden und Ketten an Subunternehmern zu begrenzen - nicht nur am Bau, in den bei Vergaben die meisten öffentlichen Gelder fließen, sondern etwa auch im Dienstleistungssektor. Verteile man Gelder nicht nach dem Billigstbieterprinzip, werde auch Betrug vorgebeugt.

Sozialbetrug beginnt da, wo man falsch vergibt

meinte Muchitsch.

GBH-Chef: Hitzefrei am Bau weiter Anliegen

Eine verpflichtende Regelung für Hitzefrei am Bau ab einer gewissen Temperatur, wie von Muchitsch in der Vergangenheit gefordert, bleibe indes ein Anliegen der Gewerkschaft.

Das Thema ist für uns nicht vom Tisch

sagte der GBH-Chef auf Journalistennachfrage. Derzeit rollt über Österreich die erste Hitzewelle des Jahres, generell werde die Lage klimawandelbedingt angespannt bleiben. Mit den Maßnahmen in der neuen Hitzeschutzverordnung habe die Regierung aber einen guten Kompromiss gefunden, so der Baugewerkschafter.

APA, 26.05.2026, 12:17 Uhr